OFFENE LINKE ANSBACH
c/o Bäckergründlein 23, 91522 Ansbach, www.offene-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Ansbach, 10.11.2010

Anträge zum Haushalt: *Einnahmesituation nachhaltig für wichtige Investitionen stärken*

Offene Linke will die Bereiche Bildung und Jugend sowie Gesundheit und Sport fördern

Finanzierung ÖPNV gesichert – Gewerbesteuer soll steigende Sozialausgaben finanzieren

Die gestern eingereichten Änderungsanträge zum Haushalt 2011 der Stadt Ansbach setzen den antizyklischen finanzpolitischen Kurs der Offenen Linken konsequent fort. Während in den Krisenjahren 2008 und 2009 eine überplanmäßige Darlehensaufnahme für die Absicherung der Investitionen der Stadt befürwortet wurde, setzt die Offene Linke nun in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs auf eine Konsolidierung der städtischen Finanzen, insbesondere auf der Einnahmeseite.

Gleichzeitig stellt die Offene Linke Investitionen in den Bereichen Bildung und Jugend sowie Gesundheit und Sport in den Mittelpunkt ihres Handelns. Die zu Mittelschulen umgestalteten Luitpold- und Güllschule sollen etwa eine stark verbesserte EDV-Ausstattung für ihre Schüler bereitstellen können. Hierfür beantragte die Offene Linke insgesamt 46.000 Euro. Zudem sollen verschobene Sanierungsmaßnahmen bei den Turnhallen durchgeführt werden: Für die historische Karolinensporthalle ist 40.000 Euro eingeplant; für Hennenbachs Turnhalle 9.000 Euro für die Instandsetzung des Sonnenschutzes.

Für die aktive individuelle Gesundheitsförderung in Ansbach pocht die Offene Linke auf die Verwirklichung des vom Sportausschuss im Juli 2009 gewünschten Fitness-Parcours. Ähnliche Einrichtungen erfreuen sich in anderen Städten großer Beliebtheit, da sie alle Altersgruppen ansprechen und insbesondere die ältere Generation aktivieren helfen. Die privaten Initiatoren haben bereits rund 12.000 Euro Sponsorengelder gesammelt. „Nun ist es an der Zeit, dass die Stadt diese sinnvolle Maßnahme 2011 umsetzt“, forderte die Offene Linke, die für das Projekt, das bereits in den Schautafeln „Naherholung“ der Stadt eingezeichnet ist, 20.000 Euro eingesetzt hat.

Die Förderung der Jugend ist der Offenen Linken ein besonderes Anliegen. Da der Haushaltsansatz 2010 im Bereich der Jugendhilfe bereits um eine halbe Million Euro überschritten wurde, beantragte die Offene Linke die Erhöhung der Mittel dieses Deckungsrings im Jahr 2011 um 250.000 Euro. Zudem soll dem langgehegten Wunsch vieler Jugendlichen nach einer Erweiterung und qualitativen Verbesserung des Ansbacher Skaterplatzes entsprochen werden. Die Offene Linke will dafür 2011 6.000 Euro bereitstellen. Die Umsetzung des ausgearbeiteten Radwegekonzepts soll darüber hinaus schneller erfolgen: „Die konkreten Maßnahmen zur Durchführung dieses guten Konzepts sind bisher viel zu rudimentär“, betonte die Offene Linke und fordert zusätzliche Mittel i.H.v. 10.000 Euro ein. Im Bereich Kultur sollen die Kammerspiele verstärkt gefördert werden.
Zur Gegenfinanzierung dieser Investitionen schlägt die Offene Linke die Verschiebung der Maßnahme Heilig-Kreuz-Straße vor.

Sorgen bereitet der Offenen Linken indes die abzusehende Steigerung der Pflichtleistungen der Kommune: Die unsoziale Politik von Land und Bund werde zunehmend auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen wird ein Anwachsen der Leistungen allein im Bereich Sozialhilfe von 5,2 Millionen Euro 2011 auf 6,1 Millionen Euro 2014 prognostiziert. Für diese Entwicklung ist offenbar der sich ausweitende Niedriglohnsektor mit verantwortlich. Auch die Mittel der Jugendhilfe reichen –wie erwähnt- nicht mehr aus. Die Offene Linke schlägt zur Gegenfinanzierung und zur nachhaltigen Stabilisierung des städtischen Haushalts eine leichte Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 360 auf 380 Punkte vor. Damit wäre Ansbach weiterhin die Kommune mit dem geringsten Hebesatz unter den kreisfreien Städten Mittelfrankens.

Diese moderate Erhöhung bedeutet für den Einzelhandel durch die Verrechnungsmöglichkeiten mit der Einkommenssteuer keine Mehrbelastung. Kapitalgesellschaften wurden in den vergangenen Jahren bereits stark entlastet, etwa bei der Körperschaftssteuer. Daher ist die Anhebung angesichts der allgemeinen Finanzlage der Stadt angemessen und zumutbar: „Starke Schultern sollen mehr tragen als Schwache“, erklärte die Offene Linke, die die Gewerbesteuer auch als konjunkturpolitische Stellschraube der Kommune nutzen will: Bei zukünftigen Wirtschaftskrisen bestehe dann ein Spielraum zur Senkung. Diesen antizyklischen Ansatz verfolgen immer mehr Städte erfolgreich.

Durch diese Maßnahme wären auch die Investitionen in die wichtigen ÖPNV-Verbesserungen gedeckt. In der Summe der Anträge der Offenen Linken verbleibt ein Ausgaberest von 29.000 Euro, mit dem eine Sondertilgung der Schulden vorgenommen werden kann. Für die mittelfristige Finanzplanung beantragte die Offene Linke die Einplanung von Mitteln für die Neukonzeption und die Sanierung des Jugendzentrums im Rahmen der Städtebauförderung. Hier solle der Gedanke einer sozialen Begegnungsstätte in Richtung Bürgerhaus weiterentwickelt werden. Zudem solle die Verwaltung 2011 kostensparende Varianten einer Lösung für den Radweg Bernhardswinden entwickeln. Mittel sollen als Verpflichtungsermächtigung für 2012 in Höhe von 100.000 Euro bereitgestellt werden. Bis dorthin gelte es, die Gefahrensituation durch straßenverkehrsrechtliche und bauliche Maßnahmen zu entschärfen.

Die Offene Linke hat in ihre Anträge die aktuellen Zahlen der Steuerschätzung einfließen lassen. Daraus ergeben sich laut Stadtkämmerei Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 9,8%, allerdings auch eine Einnahmeminderung bei Einkommenssteuerumlage von über 500.000 Euro gegenüber dem Haushaltsentwurf. Daher bezeichnete die Offene Linke den Ansatz der CSU, dort mit 250.000 Euro Mehreinnahmen zu kalkulieren als „unseriös“. „Wir setzen auf Wahrheit und Klarheit im Haushalt und ziehen Realismus Michmädchenrechnungen vor“, betonte die Offene Linke, die auch eine Erhöhung der Bezirksumlage um 3% gegenüber 2010 berücksichtigt hat

Die geplante Darlehensaufnahme der Stadt Ansbach in Höhe von 1,6 Millionen Euro ist der außergewöhnlichen „Jahrhundertmaßnahme“ Onolzbachgewölbe geschuldet und daher vertretbar. Die Offene Linke begrüßte, dass nach vielen Jahren des Rücklagenverzehrs, etwa für die Süd-Ost-Tangente, die Allgemeine Rücklage 2011 wieder gestärkt werden soll.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat